

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 36/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Heinke Salisch MdEP berichtet über die EP-Debatte zur künftigen Gestaltung des europäischen Arbeitsmarktes: Keine Zweiteilung des Arbeitsmarktes.

Seite 1

Dr. Rudolf Schöfberger MdB kommentiert das CSU-Sonderwahlprogramm: Programm für rechten Stimmenfang.

Seite 3

Katrin Fuchs MdB zeigt, wie die Bundesregierung sich darum bemüht, die positiven Perspektiven von Reykjavik zu zerstören: Die Bundesregierung hat Angst vor der Abrüstung.

Seite 4

41. Jahrgang / 219

14. November 1986

Keine Zweiteilung des Arbeitsmarktes

Wir brauchen eine umfassende Richtlinie über spezielle Arbeitsverhältnisse

Von Heinke Salisch MdEP
Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für soziale Angelegenheiten und Beschäftigung

Das Europäische Parlament hat in dieser Woche eine umfassende Debatte über die unterschiedlichsten Aspekte der gegenwärtigen Situation und der künftigen Gestaltung des Arbeitsmarktes in Europa geführt. Wichtigstes Ergebnis ist, daß sich das Europäische Parlament in bisher einmaliger Weise die Interessen der Arbeitnehmer zueigen gemacht hat.

Dies gilt insbesondere für die Entschließung zum Thema „Frauen und Technik“. Für den Ausschuß für die Rechte der Frau hatte ich die Berichterstattung zu diesem Bericht. Kernpunkte der Forderungen des Parlaments an Kommission und Ministerrat sind:

1. Die Kommission soll eine Richtlinie über die Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmer bei der Einführung neuer Technologien vorlegen.
2. Es sollen Quoten festgelegt werden und durch positive Diskriminierung im Bildungs- und Forschungsbereich dafür sorgen, daß Frauen auf neue technische Entwicklungen Einfluß nehmen können.
3. Eine paritätisch von Frauen und Männern besetzte Clearing-Stelle soll zur sozialen Bewertung und Gestaltung der Innovationsprozesse beitragen, indem sie
 - a) Informationen darüber sammelt, wie in den Mitgliedstaaten versucht wird, die soziale Dimension des technischen Wandels zu bewährtigen,
 - b) sich mit der Rolle der Tarifparteien bei der Einführung neuer Techniken befaßt und die Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen - auch und gerade mit Bezug auf weibliche Arbeitnehmer - auswertet,

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
auf Recycling-Papier



- c) eigene Studien und Modellvorhaben verwirklicht,
 - d) Informationen, Studien und Modellvorhaben über die Gemeinschaft hinaus analysiert,
 - e) den Austausch von Informationen auf den Ebenen der Regierungen, der Tarifparteien, Forschungseinrichtungen und Medien organisiert.
4. Soll die EG künftig mindestens zehn Prozent der Mittel für Forschungs- und Entwicklungsprogramme dazu nutzen, um soziale Zusammenhänge zu erforschen, soziale Folgen zu bewerten und Alternativen zu untersuchen und dabei die Interessen der Frauen berücksichtigen.

In den übrigen Berichten und Debatten über die Belegung des Arbeitsmarktes in Europa wurde deutlich, daß eine Zweiteilung des Arbeitsmarktes nicht hingenommen werden darf. Unser Bestreben muß sein, durch Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung die Beschäftigungskrise zu überwinden. Große Aufmerksamkeit wurde der Frage der Flexibilisierung und Flexibilität eingeräumt. Eindeutig wurde klargestellt, daß mehr Beweglichkeit eine Voraussetzung dafür sein kann, daß Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz erhalten oder einen neuen bekommen - dies darf jedoch nicht ohne sozialen Schutz gehen. Im Gegenteil: Die Arbeitnehmerrechte müssen ausgebaut werden, damit die Tendenz zu Willkür gerade gegenüber Frauen gestoppt wird.

Das Parlament hat als Konsequenz aus dieser Erkenntnis die EG-Kommission aufgefordert, eine Richtlinie zum Schutz von Arbeitnehmern in flexiblen Arbeitsverhältnissen vorzulegen. Die Basis muß ein allgemein gültiges Arbeits- und Sozialrecht sein. Ein Weg, dieses Ziel möglichst schnell zu erreichen, könnte die Umwandlung der bereits vorliegenden Richtlinie über Teilzeit- und zeitlich begrenzte Arbeitsverträge in eine umfassende Richtlinie über spezielle Arbeitsverhältnisse sein.

Schließlich wurde auch die Forderung erhoben, künftig den Sozialfonds der EG mehr zur Erprobung neuer Beschäftigungsformen zu nutzen.

Vor allem aber ist die Feststellung wichtig, daß die Verwirklichung des Binnenmarktes nur mit der gleichzeitigen Verwirklichung eines europäischen Sozialraumes möglich ist. Das eine ist geradezu die Voraussetzung für das andere. Kommission und Ministerrat tun gut daran, beide Projekte parallel zu realisieren. Das Parlament wird nach dieser Woche verstärkt darüber wachen.

{-/14.11.1986/vo-he/st}



Programm für rechten Stimmenfang

CSU-Sonderprogramm - ein Beitrag zum Abbau der demokratischen Kultur

Von Dr. Rudolf Schöffberger MdB

Das verbale Herumfeiern des CSU-Generalsekretärs - einerseits redet er von „zwei verschiedenen Fassungen“, andererseits von einem „weitestgehend gemeinsamen Programm“ - kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die CSU ein eigenes Wahlprogramm gefertigt hat, nämlich ein Sonderprogramm für rechten Stimmenfang. Überall da, wo reaktionäre Felder besetzbar erscheinen, hat die CSU eigene Akzente und Fußnoten gesetzt, sei es bei der Befürwortung der Rassentrennung in Südafrika, sei es bei der faktischen Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, sei es bei dem Versuch, die Entspannungspolitik durch Nichtanerkennung der ost- und deutschlandpolitischen Verträge zu torpedieren. Es ist beschämend, wie die CSU hinter den Ewiggestrigen herläuft und ihre Programmatik auf ein winziges rechtsreaktionäres Wählerpotential ausrichtet.

Bereits die Präambel des CSU-Wahlprogramms stellt ein Dokument politischer Giftmischerei dar, sie ist ein bösartiges Gebräu aus Rechtspopulismus, Haß und Lüge. In blindwütigem Rundumschlag, der bis zum drohenden „Niedergang Deutschlands“ reicht, werden von Polemik und Lüge geprägte Thesen aneinandergereiht. Da wird von „deutschlandpolitischem Stillstand“, den SPD und FDP verursacht hätten, schwadroniert, obgleich jedermann weiß, daß in der sozialliberalen Ära die Deutschland- und Entspannungspolitik entscheidend vorangebracht wurde. Da wird von „steigender Arbeitslosigkeit“, die SPD und FDP verschuldet hätten, geschwätzt, obwohl allseits bekannt ist, daß die Arbeitslosigkeit zu Zeiten der Rechtskoalition die schlimmsten Rekordmarken erreichte. Da wird SPD und FDP die Erhöhung von Steuern und Abgaben angelastet, obwohl die steuerliche Belastung der Bürger noch nie so hoch war wie heute. Da wird die „Ausweglosigkeit“ der deutschen Bauern auf die Agrarpolitik der sozialliberalen Koalition zurückgeführt, obwohl bekannt ist, daß das große Bauernsterben während der Rechtskoalition seine heutigen Ausmaße erreichte.

Stil und Inhalt dieses CSU-Sonderprogrammes stellen einen bedauerlichen Beitrag zum Abbau der demokratischen Kultur dar. Wenn die CDU noch einen Funken Selbstachtung hätte, müßte sie sich längst von dieser seltsamen Fußnoten-Allianz mit der CSU distanzieren.

(-/14.11.1986/vo-he/st)

* * *

Die Bundesregierung hat Angst vor der Abrüstung**Bonn baut neue Hindernisse für die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen auf**

Von Katrin Fuchs MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestages

Noch ist die Erinnerung frisch an die vereinten Bemühungen, die die Herren Dregger und Wörner im Herbst dieses Jahres unternahmen, um im Rahmen der Auseinandersetzung um die sogenannte Zwischenlösung wenigstens einen Teil der Mittelstreckenwaffen in Westeuropa zu behalten. Nach dem Gipfel von Reykjavik fällt die offene Agitation gegen die Null-Lösung schwerer, denn dies hieße, offen die Position Präsident Reagans anzugreifen. Umso intensiver sind die Bemühungen in der Union geworden, durch zusätzliche Bedingungen einen Abzug der Mittelstreckenwaffen aus Europa zu erschweren, wenn möglich zu verhindern.

I.

Zehn Tage nach dem Gipfel kam bei der Sitzung der Nuklearen Planungsgruppe (NPG) der NATO unter maßgeblicher deutscher Beteiligung ein Kommuniqué zustande, das zwar eine „weltweite Beseitigung der amerikanischen und sowjetischen INF-Flugkörper größerer Reichweite“ fordert, die in Reykjavik zwischen Reagan und Gorbatschow ausgehandelte Lösung jedoch keiner Erwähnung mehr für würdig hält. Statt dessen unterstützte die NPG ausdrücklich den Beitrag Großbritanniens zur nuklearen Abschreckung und verabschiedete allgemeine Richtlinien zum Atomwaffeneinsatz, die auch den Ersteinsatz von Pershing II und Cruise Missiles auf sowjetischem Territorium einschließen. Eine deutlichere Ablehnung des Abzugs aller amerikanischen und sowjetischen Mittelstreckenwaffen aus Europa ist unterhalb der Schwelle der offenen Zurückweisung dessen, was Reagan in Reykjavik mit Gorbatschow zu Mittelstreckenwaffen ausgehandelt hat, kaum denkbar.

II.

Das NPG-Kommuniqué fordert den weltweiten Abbau der Mittelstreckenwaffen, „begleitet von anderen geeigneten Regelungen betreffend Rechte und Beschränkungen für INF-Flugkörper kürzerer Reichweite (SRINF)“. Diese Verbindung ist neu und war im NATO-Beschluß von 1979 nicht enthalten. Nach Angaben der FAZ vom 23. Oktober 1986 äußerte Staatssekretär Rühl hierzu, „für die Bundesregierung sei ein LRINF-(Mittelstreckenwaffen)-Abkommen ohne bindende Vereinbarungen über die Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite (SRINF) nicht akzeptabel.“ Damit macht die Bundesregierung die Lösung der Kurzstreckenraketenfrage zur Bedingung für den Abzug der Mittelstreckenwaffen.

Das in diesem Zusammenhang zu hörende Gerede von gleichen Obergrenzen für Kurzstreckenraketen von NATO und Warschauer Pakt kann auf dem Hintergrund der Tatsache, daß der Pakt - schon seit langer Zeit - mehr landgestützte Kurzstreckenraketen in Europa besitzt als die NATO, nur bedeuten, daß hier die Begründung für die nächste „Nachrüstung“ aufgebaut werden soll. Der Bundesregierung geht es offensichtlich nicht um den Abbau der Kurzstreckenraketen im Osten, sondern um die Stationierung von mehr Kurzstreckenraketen im Westen.

Im Bundeswehrplan 1987 ist der Ausbau der atomaren Kurzstreckenraketen unter dem Titel „Nukleare Teilhabe“ ohnehin schon vorgesehen. Wie die „Neue Presse“ (Hannover) am 20. Juni 1986 berichtete, ist dort vorgesehen, „ein LANCE-Nachfolgesystem gesteigerter Reichweite (250 Kilometer), ein Nachfolgesystem P 1 a (P = Pershing) und einen Abstandsflugkörper größerer Reichweite (400 Kilometer)“ zu beschaffen. Bezüglich dieses letztgenannten Long Range Stand Off Missile würde - so das Zitat aus dem Bundeswehrplan weiter - „zu prüfen sein, ob dieses Trägersystem eine neue, ressourcensparende Nuklearoption sein kann.“



Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, mit welcher Eile die Bundesregierung ihre Bedrohungswahrnehmung in Sachen SS 21 - 23 um 180 Grad verändert hat. Im Abrüstungsbericht 1985 der Bundesregierung heißt es zu diesem Thema: „Im Bereich der SRINF-Raketen hat die Sowjetunion inzwischen circa 50 SS 12/22 in die DDR und CSSR vorverlegt. Diese Maßnahme hat - wie bereits im Vorjahresbericht ausgeführt - keine neue Bedrohung für Europa bewirkt.“ Diesen Bericht legte die Bundesregierung am 28. Oktober 1985 vor. Genau vier Monate später schrieb Minister Wörner in der „Zeit“: Dieses leistungsgesteigerte Potential (gemeint sind SS 21 - 23 und sowjetische Cruise Missiles, KF) vergrößert naturgemäß die quantitative nukleare Bedrohung Westeuropas. Entscheidend ist jedoch, daß diese wesentlich zielgenaueren Flugkörper der Sowjetunion erstmals die Möglichkeit bieten, weitreichende Systeme, die mit konventionellen und chemischen Gefechtskörpern ausgestattet sind, militärisch wirksam einzusetzen... wächst der Sowjetunion auf diese Weise eine qualitativ neue Option zu, die das militärische Kräfteverhältnis in Europa dramatisch beeinflussen könnte.“

In vier Monaten von „keine neue Bedrohung“ zu „qualitativ neue Option“ - diese Flexibilität muß den Hardthöhe-Analytikern erst mal jemand nachmachen! Wörner hat seinen „Zeit“-Aufsatz vom 28. Februar 1986 unter die Überschrift gestellt „Europa braucht Raketenabwehr“, das NPG-Kommunique stellt die Kurzstreckenraketen in den Zusammenhang mit den Mittelstreckenwaffen. Offensichtlich ist die Bundesregierung bemüht, das Thema Kurzstreckenraketen zur zentralen Begründung hochzustilisieren, warum einerseits ein Abzug der Mittelstreckenwaffen unmöglich, andererseits ein europäisches Raketenabwehrsystem unumgänglich sein soll.

Wenn dieses Thema der Bundesregierung schon so wichtig ist, dann müßten ihr - sollte man meinen - die „Grundsätze für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa“ sehr gelegen kommen, die die SPD-Bundestagsfraktion zusammen mit der SED ausgearbeitet und am 21. Oktober vorgelegt hat. Denn die Einrichtung eines zwei mal 150 Kilometer breiten atomwaffenfreien Korridors hätte zur Folge, daß die in der DDR und CSSR stationierten sowjetischen FROG und SS 21 die Bundesrepublik aus dem Stand nicht mehr erreichen können, daß die SS 23 mit 300 Kilometern Reichweite dann weder die Pershing-Stellungen noch unsere westlichen Nachbarn erreichen würden und die SS 12/22 zwar immer noch große Teile Westeuropas, jedoch nicht mehr Paris, London und Rom treffen könnten.

Zusätzlich sehen die „Grundsätze“ vor, „drei Jahre nach Verwirklichung des Korridors über seine Ausdehnung zu einer mitteleuropäischen atomwaffenfreien Zone zu verhandeln“. Dies würde die Kurzstreckenproblematik ein für alle mal ebenso erledigen wie Wörners Europäische Verteidigungsinitiative. Aber statt Begeisterung über diesen Vorschlag zu zeigen, beschimpfen Vertreter der CDU/CSU die SPD wegen ihrer „destruktiven Sicherheitspolitik“ (Rühe) und erklären den atomwaffenfreien Korridor für „trügerisch und gefährlich“ (Todenhöfer).

III.

Vor dem Chicago Council on Foreign Relations sagte Kanzler Kohl am 23. Oktober 1986: „Die Vision einer nuklearen Welt, die in der Strategischen Verteidigungsinitiative Präsident Reagans aufscheint und die sich im Vorschlag von Generalsekretär Gorbatschow wiederfindet, würde die geltende Bündnisstrategie fundamental zu Lasten der Europäer verändern, wenn nicht die Gegebenheiten angesichts des enormen Übergewichts der konventionellen Waffen der Sowjetunion verändert würden.“ Das kann nur heißen: Unter den gegebenen Bedingungen ist atomare Abrüstung in Europa unmöglich. Die angebliche konventionelle Unterlegenheit der NATO soll der Grund sein, warum Atomwaffen bleiben müssen. Schon werden Berichte lanciert (vgl. „SZ“ vom 4. November) über ominöse Geheimgutachten der NATO, wonach der Westen in einem konventionellen Krieg nach frühestens drei, höchstens dreißig Tagen zusammenbrechen würde.

Wir kennen mittlerweile diese Art von „Bedrohungsanalyse“. Sie ist nicht nur von zahlreichen Fachleuten (General a.D. Krause, US-Senator Carl Levin und anderen) als grundsätzlich unzu-

treffend zurückgewiesen worden, sie dient auch immer wieder im Tagesgeschäft dazu, neue Beschaffungen durchzuboxen. Ein Beispiel dafür, das noch frisch in Erinnerung ist, ist die Beschaffung von 150 zusätzlichen Leopard 2 im Juni dieses Jahres. Dies wurde begründet mit plötzlichen Erkenntnissen über „qualitative Steigerungen“ bei den Panzern der östlichen Seite, während es noch im September 1984 geheißen hatte, die Beschaffung zusätzlicher Leo 2 sei „nicht vorrangig“.

Im Juni dieses Jahres hat der Warschauer Pakt einen Vorschlag zur Reduzierung der konventionellen Truppen und Waffen in Europa vorgelegt. Er sieht vor, die Streitkräfte auf beiden Seiten in einem ersten Schritt um rund 150.000 Mann auf jeder Seite, in einem zweiten Schritt um rund 25 Prozent - was auf jeder Seite rund 500.000 Soldaten wären - inklusive Bewaffnung zu reduzieren. Auf diesen Vorschlag hat die NATO immer noch nicht geantwortet. Wenn es der Bundesregierung wirklich ernst wäre mit ihrer Sorge um konventionelle Abrüstung, dann hätte sie längst Gelegenheit gehabt, den Vorschlag des Warschauer Paktes aufzugreifen und eigene Vorstellungen vorzulegen.

IV.

Wenn ich die Positionen der Bundesregierung zu Mittelstreckenwaffen, Kurzstreckenwaffen und konventioneller Rüstung im Zusammenhang sehe, komme ich zu folgendem Ergebnis:

Die Bundesregierung ist bemüht, die Ansätze von Revkiavik durch eine Fülle von Zusatzbedingungen kaputtzumachen. Die dort besprochene INF-Lösung wird einerseits gerade dort verschwiegen, wo sie thematisiert werden müßte - nämlich in der Nuklearen Planungsgruppe -, andererseits bewußt konterkariert. Die Forderung der Bundesregierung nach einem Separatabkommen für Mittelstreckenwaffen ist doppelt verlogen: Denn zum einen lobt die Bundesregierung immer wieder die Atomwaffen Frankreichs und Großbritanniens und lassen Vertreter der Union durchscheinen, man könne ohnehin nicht auf Mittelstreckenwaffen verzichten; andererseits versucht die Hardthöhe, die Existenz der Kurzstreckenraketen als neuen Hinderungsgrund für die Beseitigung der Mittelstreckenwaffen aufzubauen.

Nach der Logik der Bundesregierung können Mittelstreckenwaffen nur abgebaut werden, wenn das Problem der Kurzstreckenwaffen gelöst wird. Die Kurzstreckenwaffen können aber ihrerseits nicht abgebaut werden wegen der angeblichen östlichen Überlegenheit bei der konventionellen Rüstung. Dies läuft alles hinaus auf eine neue „Nachrüstung“. Bei der konventionellen Rüstung läßt man sich Zeit und arbeitet statt an Abrüstungsvorschlägen lieber an der gigantischen Rüstung des Bundeswehrplanes für die 90er Jahre.

Die Bundesregierung hat weder ein Konzept zur Abrüstung noch den politischen Willen dazu. Sie wird immer deutlicher zu einem Abrüstungshindernis, das nicht einmal bereit ist, dort Abrüstungsschritten zu folgen, wo die USA und die UDSSR bereits Konsens erreicht haben. Die Wahlparole der CDU „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ degeneriert in der politischen Wirklichkeit immer deutlicher zu „Frieden schaffen mit immer mehr und immer neuen Waffen“.

Die Bundesregierung hat Angst vor der Abrüstung.

(-/14.11.1986/vo-he/st)

* * *

